

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

Oktober/
November 1975

Evangelische Verantwortung

Heft 10 — 11/1975

Die Lehre von den beiden Reichen in der Gegenwart

Hermann Lutze

Pfarrer Hermann Lutze gehört zu den Mitbegründern der CDU im Bergischen Land und engagierte sich bereits kurz nach dem Zusammenbruch für die politische Verantwortung der Christen bei der Konfessionen. Früh erkannte er, daß die Mitarbeit des evangelischen Bevölkerungsteiles Voraussetzung für ein Gelingen der Unionsidee ist.

Am 17. August 1945 war er bei der ersten „Evangelischen Sitzung“, die im Hause Halstenbach in Wuppertal-Wichlinghausen stattfand, mit anwesend; die dort geführten Gespräche wurden richtungweisend für die spätere Tätigkeit des Evangelischen Arbeitskreises der Unionsparteien und führten zur Gründung der Evangelischen Tagung Rheinland am 5. Dezember 1945 in Düsseldorf, auf der u. a. unser heutiger Autor zum Thema „Ist aus evangelischer Sicht eine christliche Partei möglich“ sprach.

Nahezu 30 Jahre später geht Hermann Lutze der Frage nach der Lehre von den beiden Reichen in der „Evangelischen Verantwortung“ nach. Für seine geistig-geistliche Begleitung unserer Arbeit in drei Jahrzehnten sei ihm auch an dieser Stelle herzlich gedankt.

Sich zur Zwei-Reiche-Lehre der Reformation zu bekennen, ist fast ein Wagnis. Man läuft Gefahr, als theologischer Reaktionär denunziert zu werden. Die Zwei-Reiche-Lehre sei doch längst überholt, so sagt man. Manche berufen sich dabei auf Karl Barth. Aber nur wenige kennen diese Lehre genauer. Es braucht Zeit, sich mit ihr zu befassen. Aber auch diese Zeit nehmen sich nicht viele. Es ist vor allem Martin Luther, der die Lehre von den beiden Reichen ausgebildet hat. Er spricht vom Reich Gottes „rechter Hand“ und vom Reich Got-

tes „linker Hand“. Im Reich rechter Hand regiert Gott durch sein Wort. Im Reich linker Hand regiert Gott, derselbe Gott, durch das Schwert, das hier als Symbol für die Macht steht. Im Reich rechter Hand geht es um das Heil der Menschen, im Reich linker Hand geht es um das Wohl der Menschen. Im Reich Got-

Aus dem Inhalt

Die Lehre von den beiden Reichen in der Gegenwart	1
Aus unserer Arbeit	6
Kurz notiert	7
In Verantwortung leben	8
Regional-Tagung Süd des EAK	
Buchbesprechungen	10
Aus den Tagungsprogrammen der Akademien	11
Evangelische Studenten-gemeinde Köln	
Einseitigkeit und ihre Folgen	13
Martin Hölscher	

tes steht die Gemeinde Jesu Christi, in der das Wort Gottes verkündet und die Sakramente ausgeteilt werden. Im Reich linker Hand steht der Staat im Mittelpunkt, der nach der 5. These der Barmer theologischen Erklärung unter „Androhung und Ausübung von Gewalt“ für „Recht und Frieden“ zu sorgen

hat. Vielleicht würden wir noch hinzufügen: Recht und Frieden und Freiheit. Im Reich rechter Hand ist es das Evangelium, das den Glauben, die Hoffnung, die Liebe erweckt und stärkt. Im Reich Gottes linker Hand geht es darum, daß wir unter dem Schutz der Regierung, des Staates — ich zitiere mit Absicht in Lutherdeutsch: „ein geruhames und stilles Leben führen können in Gottseligkeit und Ehrbarkeit“. So verschieden diese beiden gegenübergestellten Reihen sind, so sehr haben sie beide ihre Einheit, eben die Einheit in Gott. Denn es ist derselbe Gott, der die Gemeinde gestiftet hat wie auch der, der den Staat angeordnet hat. Er steht dahinter, die Gemeinde, die Kirche, aber auch der Staat sind die „Larven“ (wieder ein Ausdruck Luthers), hinter denen Gott sich verbirgt. Aber die Einheit dieser beiden einander so entgegengesetzten oder entgegengesetzt erscheinenden Kolumnen ist auch in den Menschen gegeben, für den Gott sowohl die Gemeinde wie auch den Staat gestiftet, bzw. verordnet hat. Denn als Christ hat der Mensch in beiden Bereichen zu leben, in der Christengemeinde und in der Bürgergemeinde. Er ist in beiden Reichen eben der eine, der eine Mensch. Also ein Doppeltes: In dem, der diese Ordnung stiftet, und für den diese Ordnungen gestiftet sind, ruht die Einheit der beiden Reiche.

II. Das Verhältnis der beiden Reiche zueinander

Das rechte Verhältnis der beiden Reiche zueinander wüßte ich nicht treffender zu bezeichnen als mit den zwei Worten „ungetrennt“ und „unvermengt“. Diese zwei Worte sind der Christologie entnommen und bezeichnen das Verhältnis der beiden Naturen, der göttlichen Natur und der menschlichen Natur

der Person Jesu Christi. Sie eignen sich m. E. ausgezeichnet, das rechte Verhältnis der beiden Reiche, des Reiches Gottes „rechter Hand“ und des Reiches Gottes „linker Hand“ zu beschreiben.

1. Die beiden Reiche sind nicht zu trennen

Ich entsinne mich einer Zeichnung in einer national-sozialistischen Zeitung. Auf dieser Zeichnung war ein Hitler-Jugend-Führer zu sehen, der seinen Arm um einen Hitler-Jungen gelegt hatte und einem Geistlichen im schwarzen Gewand zurief: „Euch der Himmel, uns die Erde!“ Ganz ähnlich reden die Kommunisten — bei uns und in Rußland und überall in der Welt. „Den Himmel überlassen wir den Pfaffen und den Spatzen.“ Man braucht aber kein Kommunist zu sein, um ähnlich zu argumentieren. Dem Fürsten Otto von Bismarck wird wohl keiner den Vorwurf machen, er sei nicht ein gläubiger Christ gewesen. Es ist bekannt, daß er täglich die Losungen der Brüdergemeinde las. Aber sein Glaube beschränkte sich auf die private Sphäre. Er hinderte ihn nicht, als Politiker krumme Winkelzüge zu machen. Ich erinnere an die Emser Depesche. Hat er doch auch gesagt, er wolle sich mit dem Teufel verbünden, wenn er politischen Nutzen davon habe. Gerade Otto von Bismarck ist ein Beispiel für eine Haltung, die wir auf evangelischem Boden schon bald nach der Reformation in der Orthodoxie antreffen. Diese Haltung dividiert beide Reiche säuberlich auseinander. Die „christliche Religion“ hat die Aufgabe, die Menschen zu trösten, woraus dann bald ein Vertrösten wurde. Sie soll ihnen einen Halt geben in den Nöten ihres persönlichen Lebens. Sie soll ihnen auch Anweisungen geben für ihre persönliche Lebensführung, besonders im Umgang mit ihren Mitmenschen (darum die sogenannten „Haustafeln“ in den Katechismen). Die „christliche Religion“ in diesem Sinne zu pflegen war die Aufgabe der Kirche, vor allem ihrer „Geistlichen“. Den Geistlichen war die Pflege der Seelen, die Seelsorge und die Seelenführung in besonderer Weise anvertraut.

Aber „in der Welt“ als Fürst oder Junker oder Bürger oder Bauer folgte der Christ anderen Gesetzen. Da galt das Recht des Stär-

keren. Auch die christlichen „Oberherren“ folgten im Grunde, unbeschadet ihres privaten christlichen Glaubens, den Maximen Nicolo Macchiavellis, der als echter Renaissance-Mensch den Renaissance-Fürsten seiner Zeit riet, sich bei ihrem Handeln an der Macht zu orientieren. Wehe aber der Kirche, wehe den Dienern der Kirche, wenn sie sich anmaßen, ihren Obrigkeiten dreinzureden. Dann bekamen sie zu hören: „Regieren ist unsere Sache, eure Sache aber ist das Gehorchen“. Die Kirche hatte sich streng an die eine Aufgabe zu halten, die Menschen zum Himmel zu führen; das Leben auf dieser Erde zu ordnen ist Sache des Staates. Darin sind sich die „frommen“ protestantischen (und katholischen) Fürsten des 17. und 18. Jahrhunderts im Grunde genommen eins mit den heutigen Machthabern des kommunistischen Ostens — mit dem allerdings entscheidenden Unterschied, daß für die Fürsten der „Himmel“ eine Realität war, während für die Herren im Kreml und anderswo der „Himmel“ gemäß den Ansichten ihrer „Kirchenväter“ Marx und Engels nur ein Gebilde der religiösen Phantasie ist. Aber auf dem Felde der Erziehung besteht wiederum eine geradezu makabre Einmütigkeit; denn die Erziehung der Fürsten hatte dasselbe Ziel wie die Erziehung der kommunistischen Machthaber, nämlich zu gehorsamen Untertanen zu erziehen. Paul Gerhardt, der sein Pfarramt verlor, und Alexander Solschenizyn, der des Landes verwiesen wurde, weil sie ihre Stimme gegen den Staat erhoben, stehen bei aller Verschiedenheit auf derselben Linie.

Wie anders hat Martin Luther seine Aufgabe gegenüber der Obrigkeit gesehen! Seine wichtigste Schrift auf diesem Gebiete „Von weltlicher Obrigkeit“ aus dem Jahre 1523 hat als volle Überschrift den bezeichnenden Titel: „Von weltlicher Obrigkeit, wie weit man ihr Gehorsam schuldig sei.“ In dieser Schrift wird die Gehorsamspflicht des Christen gegenüber der Obrigkeit entscheidend begrenzt. Ja, der Christ wird geradezu zum Ungehorsam gegen die Obrigkeit aufgerufen, wenn sie die Christen zwingen will, gegen ihren Glauben zu handeln, z. B. Bibeln und christliche Bücher abzuliefern. Auch in der Schrift „Ob Kriegsleute im

seligen Stande sein können“ aus dem Jahre 1526 hält er den Ungehorsam für geboten, wenn der Krieger die klare Überzeugung gewonnen hat, daß er in einen unrechten Krieg ziehen müsse. In seiner ersten Schrift zum Bauernkrieg „Ermahnung zum Frieden auf die 12 Artikel der Bauernschaft“ aus dem Jahre 1523 hat er den Junkern in einer geradezu rabiaten Weise ins Gewissen geredet.

„Erstlich mögen wir niemand auf Erden danken solchen Unrats und Aufruhrs denn euch, die ihr noch heutigtages verstockt nicht aufhört zu toben... daß ihr schindet und schätzet, bis der arme und gemeine Mann nicht kann noch mag länger ertragen... solche verstockte Vermessenheit wird euch den Hals brechen.“

Das heutige Aburteilen Luthers als „Fürstenknecht“ ist völlig unberechtigt. Er hat so gegen die Obrigkeit geredet, wie es sich heute keiner erlauben dürfte, ohne mit den Gesetzen in Konflikt zu geraten. Es ist heute üblich, Luther wegen seiner zweiten Schrift zum Bauernkrieg „Wider die mörderischen und räuberischen Rotten der Bauern“ auch aus dem Jahre 1523 zu verdammen. Man muß sich aber klar machen, daß der Terror, den diese Rotten ausübten, in dem sie überall im Lande Schlösser niederbrannten und Klöster ansteckten und Blutbäder anrichteten, gering ist im Vergleich mit den Taten der Terroristen von heute.

Auch sonst hat sich Martin Luther immer wieder zu Fragen des politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen Lebens geäußert, so wenn er die Ratsherren mahnt, Schulen aufzurichten, wenn er sich gegen die Wuchermethoden der Kapitalisten seiner Zeit wendet — er stand dem damals aufkommenden Kapitalismus sehr skeptisch gegenüber — oder auch, wenn er zum Krieg wider die Türken das Wort ergreift.

In allem wird deutlich, daß die Lehre von den beiden Reichen keine Trennung der beiden Reiche beinhaltet. Luther hat nicht geschwiegen, sondern er hat offen und mutig zu den aktuellen öffentlichen Fragen geredet und dabei auf sich genommen, in den Jahren der Bauernkriege der „unpopulärste“ Mann seiner Zeit zu sein.

Aber er hat sich als Christ strikte an das von ihm oft gebrauchte Wort gehalten: „non vi sed verbo“ (nicht

mit Gewalt, sondern mit dem Wort). Oder noch drastischer: „Die Faust zu, aber das Maul auf.“ Daher seine Abscheu vor Thomas Münzer! Es ist dieselbe Haltung, die der baptistische Prediger Martin Luther King einnahm, und die heute der katholische Erzbischof Helder Cámara in Brasilien einnimmt.

Darüber aber war sich Luther klar: In allen den eben genannten Fragen handelte es sich nach seiner Überzeugung nicht um Fragen des Glaubens, sondern um Fragen des Ermessens; denn der Staat hat „nach menschlichem Ermessen unter Drohung und Anwendung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen“ (5. Barmer These).

Luther hat nicht das Evangelium in politische Lehren umgewandelt, die man nicht nur um des Wohles, sondern um des Heiles willen zu befolgen habe. Er hat nicht im Namen Gottes gefordert, etwa in Sachen „Kaufhandlung und Wucher“ diese und jene konkrete Maßnahme zu ergreifen, oder in Sachen von der Gründung von Schulen diese oder jene konkrete Ordnung zu treffen. Er hat also nicht selber Regierung gespielt. Politik ist eine Sache der Vernunft, und Luther, der in den Dingen des Glaubens, der Vernunft eine tiefe Skepsis entgegenbrachte — bekannt ist ja sein Wort von der „Hure“ Vernunft —, hat in rebus civilibus, d. h. in den Dingen des politischen Lebens von der Vernunft viel gehalten. Er hat sie eine „wunderfeine“ Gabe Gottes genannt. Ist es im Reiche Gottes rechter Hand der Glaube, der sich an das Wort hängt, so ist es im Reiche Gottes linker Hand die Vernunft, die nach dem Ermessen handelt. Die Norm für dieses Handeln ist den Menschen ins Herz geschrieben — auch den Heiden, von denen Luther sagte, daß bei ihnen oft bessere Obrigkeit zu finden sei als unter den Christen, nämlich das Gesetz Gottes. Von diesem „natürlichen“ Gesetz Gottes sagten die sogenannten „Antinomer“, daß es nur auf das Rathaus und nicht auf die Kanzel gehöre. Insofern rissen sie beide Reiche wieder auseinander. Aber Luther wußte, daß es auch in die Verkündigung der Kirche, also auf die Kanzel, gehöre; denn die Heiden kennen den Geber des Gesetzes nicht. Darum fehlt ihrem Gebrauch des Gesetzes die einigende Mitte.

2. Die beiden Reiche sind nicht zu vermengen

Die Vermengung beider Reiche kann

- a) vom Staat bzw. politischen Mächten aus
- b) von der Kirche bzw. christlichen Gruppen her geschehen.

a) Von den Tagen Konstantins an hat sich der Staat immer wieder der Kirche bemächtigt. Wie verhängnisvoll war es, daß — kaum waren die Christenverfolgungen zu Ende — der römische Kaiser das Konzil von Nicäa einberief und leitete. Damals begann für den östlichen Mittelmeerraum der sogenannte „Cäsaro-Papismus“ d. h. jenes System, in dem der Cäsar (Kaiser) zugleich auch der Papa (Papst) war. Dieser Cäsaro-Papismus bestimmt bis heute das Wesen der Ostkirche — selbst im bolschewistischen Rußland.

Alexander Solschenizyn hat in einem offenen Brief an das Moskauer Patriarchat den Cäsaro-Papismus von heute angeprangert.

Aber auch im Abendland hat es viel Cäsaropapismus gegeben, so z. B. in Frankreich, in dem die Könige Bischöfe ein- und absetzten. Im gewissen Sinn wiederholte sich der Cäsaropapismus später in der Zeit der Reformation, wo zum mindesten in den lutherischen Gebieten das landesherrliche Kirchenregiment sich entwickelte — ganz im Gegensatz zu den Intentionen Luthers. Es dürfte bekannt sein, daß Paul Gerhardt sein Amt verlor, weil er sich weigerte, dem kurfürstlichen Verbot der Polemik gegen die reformierte Lehre zu folgen. Ebenfalls dürfte bekannt sein, daß in Schlesien und anderswo lutherische Pfarrer abgesetzt wurden, weil sie die von dem preußischen König Friedrich Wilhelm III. befohlene Einführung der Unionsagende ablehnten. Die nationalsozialistische Kirchenpolitik ist den Älteren unter uns noch in Erinnerung. Ich erwähne nur den Versuch, der Kirche das Führerprinzip und den Arierparagraphen aufzuzwingen. Daß sich dabei das Nazi-Regime der „Deutschen Christen“ bediente, um seine Ideologie in der Kirche durchzusetzen, ändert an der Sache nichts. An direkten Eingriffen durch die GESTAPO (geheime Staatspolizei) hat es wahrlich auch nicht gefehlt. Hier gilt es,

den Staat immer wieder in seine Grenzen zu weisen, und wenn die offizielle Kirche stumm bleibt, müssen die bekennenden Christen reden. Das bedeutet fast immer Ächtung, Verfolgung, Vertreibung, Gefängnis, Tod. Es sind wohl nie so viele Christen umgebracht worden wie in unserem 20. Jahrhundert, eben weil sie ihr Zeugnis abgelegt und mit dem Blute besiegelt haben. Das Wort Martyrium hat gerade in unserer Zeit seinen tiefsten Sinn wiedergewonnen.

b) Es ist typisch für die Geschichte, daß sie sich in Pendelbewegungen vollzieht. Die Zeit, da im frühen Mittelalter der Staat über die Kirche herrschte, wurde im hohen Mittelalter von einer Epoche abgelöst, in der die Kirche über den Staat herrschte — zum mindesten zu herrschen versuchte. Die Tatsache, daß der deutsche Kaiser dem römischen Papst die Steigbügel zu halten hatte, hatte eminent symbolischen Charakter. Die Zwei-Schwerter-Theorie, nach der der Papst sowohl das „geistliche“ als auch das „weltliche“ Regiment inne hatte — das „weltliche Regiment“ „verlieh“ er an den Kaiser, konnte es aber jederzeit wieder zurückfordern — ist eine Perversion der schriftgemäßen Lehre von den beiden Reichen. Das neuzeitliche Denken, das im Humanismus und in der Renaissance zum Durchbruch kam, setzte sich über die noch lange Zeit von der römischen Kirche krampfhaft festgehaltene Zwei-Schwerter-Theorie hinweg. Luther hat in seiner Lehre von der Obrigkeit von vornherein dem Staat seinen eigenen Rang, seine von keinen anderen Mächten als von Gott selbst abzuleitende Würde wieder ans Licht gehoben. Daß der Staat in der Folgezeit seine Grenzen überschritt, sahen wir oben. Aber gerade in den von der Reformation geprägten Ländern haben zwar nicht die offiziellen Kirchen — mit der Ausnahme des calvinistisch bestimmten Genf — wohl aber christliche Bewegungen innerhalb der Kirchen nun ihrerseits die ihnen gesetzten Grenzen überschritten. Ich erinnere an die Hussiten, an die Schwärmer und an die Hugenotten. Das „tausendjährige Reich“, das die Wiedertäufer in Münster aufrichten wollten, ist aufgrund eines falsch verstandenen Wortes Gottes mit Blut und Tränen gebaut worden, aber auch in Blut und Tränen unter-

gegangen. Gewiß gibt es Unterschiede zwischen einem Bernhard von Clairveaux, der im 12. Jahrhundert zum Kreuzzug gegen die Ungläubigen aufrief, und einem Thomas Münzer, der im 16. Jahrhundert einen Kreuzzug gegen den Adel und die Klöster mobilisierte — aber in einem sind sie sich in erschreckender Weise einig: In der Anwendung von Gewalt „ad maiorem dei gloriam“. Thomas Münzer wird heute zum tragisch untergegangenen „Vollender“ der Reformation hochstilisiert. Ob das, was er in einem Aufruf an die „lieben Brüder“ ausgehen ließ, eine Vollendung der Reformation zu nennen ist, ist sehr zu bezweifeln.

„Sehet nicht an den Jammer der Gottlosen; sie werden euch also freundlich bitten, greinen, flehen wie die Kinder... dran, dieweil das Feuer heiß ist. Schmiedet Pinkepank auf dem Amboß Nimrods... laßt euch nicht erschrecken, Gott ist mit euch.“

Wer diese blutrünstigen Worte liest, wird Luther verstehen, der ebenso schroff, wie er den Fürsten ins Gewissen redete, sich gegen die Aufrührer wandte, die in einer heillosen Weise die beiden Reiche Gottes, das Reich rechter und das Reich linker Hand miteinander vermengten — nicht weil er „reaktionär“ war, sondern weil er es nicht ertragen konnte, daß die Schwärmer das Reich Gottes (rechter Hand) mit dem Schwert aufrichten wollten. Als der Aufstand niedergeschlagen war, hat er sofort wieder zur Feder gegriffen und den Herren ins Gewissen geredet und sich gegen das Treiben der „wütenden, rasenden, unsinnigen Tyrannen, die auch nach der Schlacht nicht mögen Blutes satt werden“ gewandt. Er hat auch scharf zwischen den Aufrührern und den vielen, die nur einfach mitgezogen waren, geschieden; alle Mitläufer sollten nicht nach strengem Recht, sondern nach der „Billigkeit“ behandelt werden. Typisch für die reformatorische Sensibilität für die Unterscheidung der beiden Reiche war folgendes: Als die Türken das Abendland bedrohten und der Papst zum Kreuzzug gegen die Türken aufrief, widerriet er, dem Papst zu folgen. Das sei nicht des Papstes Amt! Denn die Christen dürften sich als Christen nicht mit dem Schwert verteidigen. Wenn aber der Kaiser als weltlicher Herr-

scher die Fürsten und die Ratsherren zum Widerstand aufrief, dann sollten sie gehorchen; denn dann stünde zuviel auf dem Spiel.

III. Die Lehre von den beiden Reichen in der Gegenwart

Nach der geschichtlichen Besinnung sind die Linien in die Gegenwart hinein nicht allzu schwer zu ziehen, zumal die Barmer Theologische Erklärung vom 31. Mai 1934 in ihrer 5. These für unsere Zeit die entscheidende Wegweisung gegeben hat. Daß die beiden Reiche weder getrennt noch vermengt werden dürfen, ist in dieser These vor mehr als 40 Jahren in einer auch heute gültigen Form zum Ausdruck gebracht worden. Diese These lautet:

„Die Schrift sagt uns, daß der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen. Die Kirche erkennt mit Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnung an. Sie erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten. Sie vertraut und gehorcht der Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt.“

Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne sich die Kirche über ihren besonderen Auftrag hinaus staatliche Art, staatliche Aufgaben und staatliche Würde aneignen und damit selbst zu einem Organ des Staates werden.“

1. Beide Bereiche dürfen auch heute nicht getrennt werden. Es gibt zwei voneinander völlig verschiedene Formen der Trennung beider Bereiche:

- a) die Form, die in den USA und
- b) die Form, die in der UdSSR und allen Satellitenstaaten der UdSSR praktiziert wird. In den USA

gibt es nur „Freikirchen“. Diese Freikirchen bekommen keinen Pfennig vom amerikanischen Staat, und dennoch ist das amerikanische Leben von christlichen Gedanken und Vorstellungen durchsetzt. Bis heute wirkt die Tatsache nach, daß es die „Pilgrimväter“ waren, die die Vereinigten Staaten gegründet haben. Immer noch wird der Präsident der USA auf die Bibel vereidigt. Im Ostblock dagegen sind die Kirchen mit staatlicher Gewalt ins Ghetto abgedrängt. In diesem Ghetto führen sie ein unbeachtetes, aber genau beobachtetes Leben. Keiner, der sich zu Christus bekennt, darf irgendein verantwortliches Amt im öffentlichen Leben erhalten. Seine Kinder werden als Parias angesehen und jederzeit kann aus der Unterdrückung die offene Verfolgung der Ghetto-Kirche werden.

In der Bundesrepublik sind Kirche und Staat nicht getrennt. Sie sind auf eine vielfältige Weise miteinander verzahnt. Es ist dabei an die Möglichkeit christlicher Privatschulen, an die Stellung des Religionsunterrichtes in den öffentlichen Schulen, an die Militärseelsorge, an die Gefängnisseelsorge, aber auch an das Kirchensteuerrecht und vieles andere zu erinnern. Gerade diese Gebiete, in denen die gegenseitige Verzahnung besonders deutlich wird, sind in der Bundesrepublik so geordnet, daß jedem Teil von der jeweiligen Pflicht her sein jeweiliges Recht wird. Im Gegensatz dazu will das FDP-Papier die beiden Bereiche völlig trennen. Die Kirche soll zu einem privaten Verein werden. Dem FDP-Papier fehlt es sowohl an geschichtlicher Ausrichtung wie an grundsätzlicher Besinnung. Das deutsche Volk ist keine Pionier-Nation wie das amerikanische. Wir haben eine vielhundertjährige Geschichte hinter uns. Die Form der Körperschaft öffentlichen Rechtes ist der Situation unserer Kirche in unserem Staate gemäß. Daß es in der DDR anders ist, liegt daran, daß dem dort lebenden Teil unseres Volkes eine geschichtslose antichristliche Ideologie aufgezwungen wurde und wird.

Ein besonders eindrucksvoller Eindruck dafür, daß die beiden Reiche nicht zu trennen sind, sind die vielen Denkschriften, die von der EKD, bzw. von Ausschüssen des EKD immer wieder veröffentlicht wurden. In der Reformation

war es ein einzelner: Martin Luther, der sich zu Fragen des öffentlichen Lebens äußerte. Heute ist es die Kirche als solche, die das Wort ergreift. Wir werden das nur begrüßen können — auch wenn wir keineswegs alles, was da gesagt wird, bejahen können und auch nicht bejahen brauchen.

2. Beide Reiche dürfen auch heute nicht vermengt werden. Eine Form der Vermengung beider Reiche ist der Faschismus. Er ist für uns in der Bundesrepublik keine Gefahr — jetzt und auch wohl in Zukunft nicht —. Eine viel größere Gefahr erwächst der Kirche (und damit auch dem Staat) aus der Art, wie gewisse christliche Kreise Christus in die Politik hineinziehen. Ein paar Beispiele: Das Verdammungsurteil der „kirchlichen Bruderschaft“ über die Christen, die z. Z. aus politischen Gründen für einen deutschen Wehrbeitrag eintraten. Wer für die Aufrüstung eintritt, hat sich „von dem dreieinigen Gott geschieden“, so hieß es damals in der Stellungnahme der Bruderschaft. Weiter: Die politischen Demonstrationen, in denen evangelische Pfarrer im Talar mitzogen. Weiter: Die Propaganda für eine bestimmte Partei — sogar auf den Klebestreifen an Autos —: „Wer Christ ist, wählt Willy Brandt“. Und weiter: Das Eintreten für Pfarrer, die der DKP angehören. Hier meint man, aus christlicher Verantwortung zu handeln, aber im Grunde ist es eine Ideologie, der man sich verschrieben hat, auch wenn man sich darüber nicht im klaren ist. Das Verhaftetsein an eine Ideologie zeigt sich in der Unduldsamkeit, ja in dem Fanatismus, mit dem man jedem Andersdenkenden entgegentritt. Wie weit ist diese Haltung von der nüchternen Sicht der Barmer Erklärung entfernt, daß es in der Politik darum geht „nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für den Frieden zu sorgen“. Der Christ wird sich darum immer für die Entideologisierung des politischen Kampfes einsetzen, wo er auch steht, weil er ein Gespür dafür hat, daß die Ideologie — auch in abgeschwächter Form — immer Religionsersatz ist.

Zum Schluß noch eine Bemerkung. Nach den obigen Ausführungen könnte der Irrtum aufkommen,

als ob die Christen in den beiden Reichen, dem Reich zur Rechten und dem Reich zur Linken mit dem gleichen Schwergewicht stehen bzw. leben könnten. Dann wären die beiden Reiche mit zwei Waagschalen mit gleichen Gewichten zu vergleichen. Dem ist aber nicht so. Vielmehr hat der Satz Martin Luthers nicht seine Gültigkeit verloren: „Der Christ tut, was irdisch ist, mit der linken Hand; aber die rechte Hand streckt er aus nach dem ewigen Vaterland.“ Dieser Satz mag sehr unmodern klingen, deswegen hat er aber seine Relevanz nicht verloren. Im Gegenteil — er ist geeignet, uns zur Selbstprüfung zu veranlassen.

Die Reiche dieser Welt vergehen, aber die „Pforte der Hölle“ werden die Gemeinde Jesu Christi nicht überwältigen.

Der Christ hat seine Heimat in dem „das droben ist, da Christus ist“. Dort, im Reich Gottes rechter — rechter! — Hand ist er im tiefsten und letzten zu Hause; hier im Reich Gottes linker ist er letztlich in der Fremde. Er tut das ihm auftragene Werk mit allem Ernst, aber er hängt sein Herz nicht daran. Darum steht er auch dem politischen Geschäft mit letzter Distanz gegenüber. Er legt sich nie endgültig auf eine einzige politische Richtung fest. Darum widersetzt er sich dem Fraktionszwang. Darum lehnt er erst recht das imperative Mandat ab. Er hütet sich vor Emotionen. Er bleibt nüchtern. Darum läßt er sich bei allem Einsatz für die Demokratie nicht zur Demagogie verleiten. Den politischen Gegner zu verteufeln, wie es heute in allen Parteien leider üblich ist, ist ihm eine Sünde wider das 8. Gebot. Er scheut sich nicht vor der Konfrontation, aber er meidet die Polarisierung. Darum ist er ein Brückenbauer — allerdings nicht dort, wo der Brückenschlag grundsätzlich abgelehnt wird. Für ihn gilt im politischen Leben der Satz, den bei der Einweihung der Jugendburg Freusburg 1928 der Innenminister Severing gesprochen hat: „Toleranz nur gegenüber der Toleranz! Intoleranz gegenüber der Intoleranz!“

So treibt er Politik mit Hingabe — allerdings nicht mit letzter Hingabe — in dem Wissen darum, daß einmal alle Politik aufhört, wenn der Herr kommt und seine Politeia aufrichtet.

Aus unserer Arbeit

Von Hassel: Sehr offenes Gespräch mit Lutherischem Weltbund

Der stellvertretende Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der Unionsparteien (EAK), Bundestagsvizepräsident Kai-Uwe von Hassel, der rheinland-pfälzische Landtagspräsident Albrecht Martin und EAK-Bundesgeschäftsführer Dr. Peter Egen kamen am Donnerstag, 18. September, zu einem Informationsbesuch beim Lutherischen Weltbund (LWB) und beim Weltkirchenrat ins Ökumenische Zentrum Genf. Im Mittelpunkt der Gespräche standen nach Angaben der führenden EAK-Mitglieder vor allem entwicklungspolitische Fragen. Außerdem erörterten sie die allgemeinen Informationen über die Arbeit der Organisationen. Gegenüber dem Evangelischen Pressedienst in Genf bezeichnete von Hassel das Gespräch mit dem LWB als „sehr eingehend, sehr offen und sehr instruktiv“. Demgegenüber habe die Begegnung mit Vertretern des Weltkirchenrates, wie er mehrfach betonte, „sehr unter Zeitmangel gelitten“, da sie von den Genfer Partnern früher als vorgesehen beendet worden sei. Die CDU-Politiker waren u. a. mit den Generalsekretären des LWB und des Weltkirchenrates, Carl Mau und Philip Potter, sowie weiteren leitenden Mitarbeitern zusammengetroffen.

Landtagspräsident Martin erklärte, er habe „außerordentlich wichtige Aufschlüsse“ über den Weltkirchenrat erfahren, „die ganz erheblich zur Entspannung der Diskussion in Kirche und Öffentlichkeit beitragen könnten“. Als Beispiel verwies er auf die Verdeutlichung der Motivation der entwicklungspolitischen Arbeit der Ökumene. Bundestagsvizepräsident von Hassel meinte, es sei „möglicherweise durch unzureichende Information“ zu so starker Kritik am Anti-Rassismus-Programm gekommen: „Wenn man ganz genau gewußt hätte, wie es sich verhält, könnte die Kritik geringer gewesen sein.“ EAK-Geschäftsführer Egen wiederholte seine Kritik an der

Unterstützung der Befreiungsbewegungen in Angola. Die Aufgabe, in eine bessere und nicht kriegerische Zukunft hineinzuführen, sei gescheitert. Wörtlich sagte Egen: „Dieses Eingeständnis einer gescheiterten Politik sollte der Weltkirchenrat auch einmal in aller evangelischen Offenheit zugeben“.

Alle drei Politiker halten weitere Gespräche mit den ökumenischen Organisationen für wünschenswert, zumal es nicht nur gemeinsam interessierende Fragen, sondern auch Übereinstimmungen gebe. Dabei wurde mehrfach auf die entwicklungspolitischen Thesen der CDU verwiesen, die nach Ansicht von Hassels nirgendwo etwa im Widerspruch zu Auffassungen des Lutherischen Weltbundes stünden.

(Der Text dieser Meldung wurde dem Evangelischen Pressedienst (epd) vom 22. September 1975 entnommen.)

Bremen: Eine erhebliche Aktivierung der Arbeit des Evangelischen Arbeitskreises in Bremen vorzunehmen, ist das Ergebnis eines Gesprächs zwischen Herrn Gerhard Iversen aus Bremen und der Bundesgeschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises. Interessenten aus dem Bremer Bereich wenden sich bitte an Gerhard Iversen, Bremen, Contrescarpe 107.

Biberach: Eine Mitgliedschaft von Pfarrern und kirchlichen Mitarbeitern in der DKP oder in sonstigen links- bzw. rechtsradikalen Organisationen sei unvereinbar mit dem Verkündigungsauftrag der christlichen Kirchen – das erklärte EAK-Bundesgeschäftsführer Dr. Peter Egen Mitte September auf einer Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU im Landkreis Biberach.

Essen: Auf einer Vorstandssitzung des EAK Essen wurden mögliche Aktivitäten für die Winterarbeit erörtert. EAK-Vorsitzender Diplom-Volkswirt Hellmut Danielzig teilte dazu mit, daß insbesondere das Gespräch mit den einzelnen Kirchenkreisen auf Stadtebene vertieft werden soll.

Wer in Essen mitarbeiten möchte, setze sich bitte mit dem EAK-Vorsitzenden (Essen-Heidhausen, Barkhovenallee 64) in Verbindung.

Wuppertal: In Wuppertaler CDU-Kreisen wird gegenwärtig über die Errichtung eines Evangelischen Arbeitskreises auf Kreisverbandsebene diskutiert. Wie verlautet, ist die Gründung für die nächsten Monate vorgesehen.

Köln: Auf einer Veranstaltung des EAK der CDU Rheinland für CDU-Kommunalpolitiker sprach Dr. Horst Waffenschmidt MdB, der in seiner Rede insbesondere darauf hinwies, daß Kommunalpolitik ein wesentlicher Bereich der Gesellschaftspolitik geworden sei. Waffenschmidt, der gleichzeitig Mitglied der rheinischen Landeskirchenleitung ist, ging auch auf den Auftrag ein, der sich aus dem Evangelium für uns und unsere Arbeit in den Städten und Gemeinden ableitet.

Salzgitter: Auf einer kürzlich durchgeführten Veranstaltung beschäftigte sich der Beirat des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU im Kreisverband Salzgitter u. a. mit der Situation der Kindergärten in Salzgitter. Im Hinblick auf die Einführung von Vorschulklassen wurde die Frage erörtert, inwieweit vorhandene Kindergärten dadurch unterbelegt sein werden und sich daraus Schließungen ergeben könnten. Es kann nicht Aufgabe unseres Staates und seiner Gliederungen wie der Gemeinden sein, die Kindererziehung in Richtung Entdemokratisierung und Verstaatlichung zu treiben, zumal durch den Besuch von Vorschulklassen – im Gegensatz zum Besuch des Kindergartens – nachgewiesenermaßen Nachteile für das Kind entstehen.

Dieses Thema soll – wie der Vorsitzende Ernst von Essen mitteilte – im Rahmen einer Vortragsveranstaltung unter Beteiligung von Fachreferenten weiter behandelt werden.

Kiel: Auf seiner letzten Sitzung hat der Evangelische Arbeitskreis der CDU Kiel unter dem Vorsitz von

Frau Ute Mehnert eine Stellungnahme zur Frage der Schulpflicht für Fünfjährige verabschiedet, in der er sich für eine verstärkte Förderung der Kindergartenarbeit im Bereich vorschulischer Erziehung ausspricht und gegen die vom „Deutschen Bildungsrat“ in die Diskussion gebrachte Forderung der Schulpflicht für Fünfjährige. Der Evangelische Arbeitskreis hält eine stärkere Beachtung der in den Kindergärten, besonders auch der freien Träger, vorhandenen Erfahrungen und Möglichkeiten in der frühkindlichen Erziehung für erforderlich. Grundsätzlich ist der Evangelische Arbeitskreis jedoch der Ansicht, daß der Erziehung des Kleinkindes in der Familie Vorrang gebührt.

Wesel: Auf seiner ersten Veranstaltung nach der Sommerpause hatte der noch relativ junge Evangelische Arbeitskreis des CDU-Kreisverbandes Wesel den Bundestagsabgeordneten Dr. Konrad Kraske, der von dem Vorsitzenden Dr. Dieter Beisecker begrüßt wurde, zu Gast. Vor den Mitgliedern und Interessenten sprach Dr. Kraske über das Thema „Kirche und Politik“ und begann mit der Feststellung, daß das Verhältnis von Kirche und Staat im Vergleich zur Vergangenheit heute

ausgewogener und konstruktiver sei als je zuvor.

Weiter sagte er, daß das, was für die Kirche gelte, auch für die Politik gelte. Auch sie habe es mit dem „ganzen Menschen“ zu tun und müsse den Pluralismus in der Gesellschaft akzeptieren und gegen Ideologien gefeit sein.

Bonn: Als den „Beweis einer typischen Fehleinschätzung“ politischer Entwicklungen seitens des Weltkirchenrates hat der Bundesgeschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU am 8. August in Bonn angesichts der katastrophalen Lage in Angola die bisher durch den Rat praktizierte Unterstützungspolitik sogenannter angolischer Befreiungsbewegungen bezeichnet. Es wäre — so erklärte Egen — besser gewesen, die Hilfsmaßnahmen in Angola von Anfang an über den dortigen Evangelischen Rat der Kirchen abzuwickeln, wie es nunmehr geschieht, anstatt Gelder Befreiungsbewegungen zukommen zu lassen, denen es, wie z. B. der MPLA, von Anfang an um die Errichtung eines kommunistischen Regimes in Angola ging. Die militärisch-politische-Entwicklung in Angola, die in den letzten Wochen unzählige Todesopfer gefordert haben soll, müßte für den

Weltkirchenrat in Genf ernsthafter Anlaß sein, seine bisherige Haltung in Fragen der Unterstützung von Befreiungsbewegungen einer verantwortungsbewußteren Analyse der jeweiligen Ziele dieser Bewegungen zu unterziehen, um nicht an einer verhängnisvollen Entwicklung mitschuldig zu werden.

Stuttgart: Der EAK-Landesverband Württemberg führt am 24. Oktober 1975 um 20 Uhr im Hotel Herzog Christoph in Stuttgart eine Vortragsveranstaltung mit Dr. Helga Wex MdB durch.

Am 26. November 1975 um 20 Uhr spricht auf einer ebenfalls öffentlichen Veranstaltung des EAK-Landesarbeitskreises Württemberg Kultusminister Prof. D. Wilhelm Hahn.

Stuttgart/Göppingen: Am Samstag, 13. Dezember 1975, findet in Württemberg die diesjährige EAK-Landestagung statt, an deren Vorabend bereits in Stuttgart zu einer öffentlichen EAK-Veranstaltung eingeladen wird.

Interessenten fordern bitte die Einladung zur Landestagung direkt bei dem zuständigen EAK-Landesvorsitzenden an: Rechtsanwalt Arved Deringer, 7 Stuttgart 80, Freibadstraße 93.

Kurz notiert

Nächste EKD-Synode im November in Freiburg

Die nächste Tagung der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland findet vom 2. bis 7. November in Freiburg im Breisgau statt. Die Tagesordnung des Kirchenparlaments steht diesmal unter dem Schwerpunkt-Thema „Kirche zwischen Auftrag und Erwartung“. Der Eröffnungsgottesdienst wird am Sonntag, 2. November, in der Ludwigskirche in Freiburg gehalten.

Die 120 Synodalen werden sich in Freiburg auch mit der Ende November in Nairobi beginnenden Vollversammlung des Weltkirchenrates befassen. Außerdem soll ein Kirchengesetz über die Kirchenmitgliedschaft eingebracht werden. Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft

für Weltmission und das Diakonische Werk werden Berichte über ihre Arbeit geben. Auch über die Vorbereitung zur Gründung eines Evangelischen Missionswerkes wird berichtet.

Der Tagung in Freiburg gehen Sitzungen des Rates der EKD, der Kirchenkonferenz und des Präsidiums der Synode voraus. Während der Tagung wird eine Fragestunde den Synodalen Gelegenheiten geben, Informationen zu bestimmten kirchlichen Problemen zu erhalten.

Vortragsreihe Kirche und Staat

Freiburg: Der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) an der Universität Freiburg führt unter

der Leitung von Michael Feist (78 Freiburg, Scheffelstraße 22) im Wintersemester 1975/76 eine Vortragsreihe zum Thema „Kirche und Staat“ durch, die mit Referaten und Diskussionen in insgesamt 8 Abendveranstaltungen (22.10., 5.11., 6.11., 17.11., 4.12.1975 sowie 14.1., 27.1., 5.2.1976) den Einzelfragen des Rahmenthemas nachgeht. Insbesondere sei auf die Veranstaltung am Mittwoch, 5. November 1975 hingewiesen, die parallel zu der zur gleichen Zeit in Freiburg tagenden EKD-Synode im Auditorium Maximum der Universität stattfindet. Bei dieser Podiumsdiskussion wirken u. a. Bischof Kunst, Bonn und Landesbischof D. Lohse aus Hannover sowie Prof. Dr. Frh. von Campenhausen aus München mit.

In Verantwortung leben

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU in Baden-Baden

Mehr als 300 Tagungsteilnehmer waren zur Regionaltagung Süd des EAK am 12./13. September 1975 nach Baden-Baden gekommen, um in Plenarsitzungen und Arbeitskreisen dem Leitthema der Tagung „In Verantwortung leben“ nachzugehen. Die Veranstaltung, die mit einem Abendgespräch zum Thema „Christen in der Politik“ eröffnet wurde und zu der Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger eingangs ein Grußwort sprach, führte in jene Problematik hinein, der sich Christen gegenübergestellt sehen, wenn sie aus christlicher Verantwortung heraus politisch handelnd tätig werden. Die offizielle Eröffnung, die am Samstag morgen durch den Vorsitzenden des Arbeitskreises, Dr. Gerhard Schröder MdB stattfand, wurde fortgeführt mit

einem Referat des Landtagspräsidenten von Rheinland-Pfalz Albrecht Martin zum Thema „Der Christ in der Spannung zwischen persönlicher Freiheit und Verantwortung für das Ganze“. Am Nachmittag dann diskutierten die Tagungsteilnehmer in zwei Arbeitskreisen über Fragen der Gesundheitsvorsorge und des Umweltschutzes. Die Tagung klang aus mit einer von nahezu 500 Personen besuchten öffentlichen Veranstaltung, auf der die CDU-Politiker Dr. Gerhard Schröder und Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf sprachen.

Die Bundesgeschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, 53 Bonn, Oberer Lindweg 2 übersendet Ihnen auf Wunsch von dieser Tagung folgende Manuskripte:

Einführungsvortrag zum Abendgespräch „Christen in der Politik“ von Pfarrer Walter Dennig; Hauptvortrag von Albrecht Martin MdB; die Einführungsvorträge aus dem Arbeitskreis Gesundheitsvorsorge von Prof. Dr. Götsching und aus dem Arbeitskreis Umweltschutz von Dr. Herbert Gruhl MdB. Des weiteren senden wir Ihnen gerne das Grußwort des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Dr. Hans Filbinger sowie den Text der Schlußansprache von Dr. Gerhard Schröder MdB zu.

Nachfolgend finden Sie die Berichterstattung aus den beiden stattgefundenen Arbeitskreisen, die Ihnen einen Überblick über die Ergebnisse der dort geleisteten Arbeit vermitteln.

Gesundheitsvorsorge — Bewährungsprobe unserer eigenen Verantwortung

Der Arbeitskreis I der Regionaltagung Süd in Baden-Baden stand unter der Leitung von Bundesministerin a. D. Dr. Elisabeth Schwarzhaupt. Das einführende Referat hielt Prof. Dr. med. Christian Götsching, Leiter der Abteilung Gesundheitswesen im Sozialministerium von Baden-Württemberg. Weitere Gesprächsteilnehmer waren Dr. med. Gerhard Jungmann, Oberin Annemarie Klütz, Prof. Dr. med. Hans-Hermann Marx, Hans Töns, Dr. Hans Christoph Uleer sowie — als Berichterstatter — Dr. med. Hanna Neumeister, MdB.

Der Arbeitskreis I hat seine Beratungen unter dem Grundsatz christlicher Gesundheitspolitik gestellt, wonach im Mittelpunkt unseres Bemühens immer der Mensch zu stehen hat. Diese Aussage ist auch der zentrale Bezugspunkt unserer Gesundheitspolitik. Die einfache Wahrheit „Vorbeugen ist besser als heilen“ besagt in unserer Zeit nicht weniger als den unerbittlichen Zwang, von dem kurativen Denken im Gesundheitswesen zu einer in erster Linie präventiven Einstellung zu kommen. Deshalb ist Gesundheitsvorsorge im Augenblick von höchster Aktualität. Der Zwang dazu hat sich in erster Linie

durch die bisherige Entwicklung ergeben, die die finanziellen Grenzen unserer Aufwendungen für die Gesundheit jedermann vor Augen geführt hat.

Nun müssen wir uns allerdings darüber klar sein, daß die Selbstbestimmung des Christen sich nicht allein darauf bezieht, daß der Christ z. B. ein Recht auf freie Wahlmöglichkeiten der Nutzung besonderer ärztlicher Dienstleistungen hat, sondern diese Selbstbestimmung des Christen beinhaltet vor allem, daß er die Selbstverantwortung für die eigene Gesundheit zu übernehmen hat. Nun liegt die Gesamtverantwortung für die Gestaltung des Gesundheitswesens beim Staat. Er hat rechtliche Grundlage zu schaffen, hat Rahmenbedingungen zu setzen und Orientierungshilfen zu geben. Eigene Leistungen soll der Staat nur so lange erbringen, wie sie nicht von Dritten erbracht werden können. Dies entspricht nun einmal unserer Auffassung von der Subsidiarität staatlicher Tätigkeit. Im Mittelpunkt unserer Bemühungen muß aber immer zuerst der einzelne Mensch stehen. Nur wenn es uns gelingt, ihn zu bewegen, aus eigenem Antrieb Verantwortung für seine Gesundheit zu übernehmen, erreicht auch die Gesundheitsvorsorge ihr Ziel. Zur Verwirklichung dieses für die Zukunft unseres Ge-

sundheitswesens entscheidenden Gedankens der Prävention sind die Mittel der Gesetzgebung, der Information und der Gesundheitserziehung vorrangig einzusetzen. Welchen Umfang diese Aufgabe heute hat, zeigen die unermesslichen Leistungen des Gesundheitswesens, die für die Folgen menschlichen Fehlverhaltens infolge von Mißbrauch an Alkohol, Tabak, durch falsche Ernährungsgewohnheiten, durch Übergewichtigkeit, Bewegungsmangel usw. aufgebracht werden müssen. Hier zahlt der Vernünftige und Leistungsfähige für den Unvernünftigen und Leistungsunwilligen, zahlt der Stabile für den Instabilen, wird das Prinzip der Solidarität ausgesprochen heftig mißbraucht.

In diesem Zusammenhang hat der Arbeitskreis natürlich auch das Thema aufgegriffen, das heute in der Presse sehr häufig und oftmals verschwommen diskutiert wird, und zwar die Selbstbeteiligung des einzelnen Versicherten über seinen Beitrag hinaus an den ärztlichen Leistungen und den übrigen Leistungen des Gesundheitswesens. Es wurden keine Patentlösungen erarbeitet, aber man kann das Eine sagen, einhellig war der Arbeitskreis der Meinung, daß der Gesetzgeber in Verbindung mit den dafür zuständigen Organen verpflichtet ist, sich Gedanken darüber zu ma-

chen, ob es nicht doch Wege einer finanziellen Beteiligung des Einzelnen an den Gesundheitsleistungen gibt und ob nicht doch vielleicht durch Anreize, die man in bestimmten Bereichen geben kann, z. B. bei der Vorsorge, die Ausnutzung dieser Vorsorgeeinrichtungen gefördert werden kann zum Wohle des Einzelnen. Vorrangig aber wurde herausgestellt, daß der Bürger, der heute so gerne als mündiger Bürger bezeichnet wird, auch in die Lage versetzt werden muß, wahrhaft mündig in Bezug auf seine Gesundheit zu reagieren. Dazu ist die Entwicklung des Bewußtseins des Einzelnen wichtig. Er darf einfach nicht durch die Gesetzgebung der eigenen Verantwortung enthoben werden. Er soll nicht bevormundet werden, d. h. schlicht und einfach gesagt: der Wohlfahrtsstaat, der ja dazu da ist, um den einzelnen sozial Schwachen zu schützen, darf nicht in einen bürokratischen Vormundschaftsstaat umgewandelt werden. Die Bewußtseinsbildung sollte dahin zielen, daß ein gesundes Leben tatsächlich erstrebenswert ist. Dazu ist es notwendig, nicht mit Negativklischees zu arbeiten, sondern die positive Seite, das Erfolgserlebnis der Erhaltung der Gesundheit herauszustellen. Und um dieses alles durchführen zu können, muß natürlich eine Gesundheitserziehung in verschiedenen Bereichen einsetzen. Es wurden recht gute, praktikable Vorschläge gemacht; zuerst der Vorschlag, daß die Gesundheitserziehung in erheblich intensiverem Maße durch die Ärzte und durch das Krankenpflegepersonal, durch die Krankenschwestern durchgeführt werden sollte, weil sie ja diejenigen sind, die zuerst mit dem Patienten und auch mit dem wieder Genesenden, der sich für seine Gesunderhaltung in Zukunft einsetzen soll, in Berührung kommen. Nur war der Arbeitskreis sich klar darüber, weder der Arzt noch die Krankenschwestern sind in ihrer Berufsausbildung dafür vorgeschult, und so forderte er eine methodische Ausbildung in allen Gesundheitsberufen, sowohl in den akademischen als auch in den nicht-akademischen.

Ganz entscheidend wichtig in diesem Bereich ist, daß diese Gesundheitserziehung von Mensch zu Mensch durchgeführt wird. Wir können keine Gesundheitserziehung

nur durch Broschüren, nur durch schriftliche Übermittlung durchführen, sondern diese Beziehung Mensch zu Mensch, die wir ja gerade im Gesundheitswesen vorrangig herausstellen, soll gerade auch im Bezug auf die Gesundheitserziehung entscheidend sein, und das ist doch wieder ein Grund dafür, daß wir sagen, wir wollen diese Beziehung Arzt-Patient fördern, wir brauchen keine Ambulatorien, denn auch in diesen Ambulatorien wird niemals eine echte Gesundheitserziehung, die individuell auf den einzelnen Menschen ausgerichtet ist, durchgeführt werden können.

Ein wichtiger Punkt, an dem die Gesundheitserziehung vorrangig durchgeführt werden kann, ist natürlich die Schule. Seit Jahren oder Jahrzehnten wird gefordert, ein Fach Gesundheitskunde in den Schulen einzurichten. Man hört auch eigentlich überall positive Meinungen dazu und doch ist es so — wie wir gerade heute wieder festgestellt haben — daß Fächer, die dafür prädestiniert sind, daß in sie die Gesundheitserziehung integriert wird, abgebaut werden, daß Fächer wie Biologie z. B. weniger gelehrt werden als vorher, daß von Gesundheitserziehung in der Schule eigentlich sehr, sehr wenig die Rede ist und daß z. B. in den Schulbüchern die Gesundheitserziehung ganz miserabel wegkommt. Dies ist eine Aufgabe für uns alle, daß diese Erziehung in den Schulen gefördert wird.

Wir dürfen Gesundheitserziehung nicht so betreiben, daß Gesundheit als Selbstzweck angesehen wird. Gesundheit müssen wir sehen als persönlichkeitsbildend, für das Gesamtbild des Menschen wichtig, und so muß auch die Gesundheitserziehung integriert werden in andere Bereiche der Erziehung in der Schule, z. B. in den Gemeinschaftskundeunterricht. Da kann man von vornherein die Verbindung der eigenen Gesundheit zur Gesellschaft, zur Solidarität, zur Solidargemeinschaft darstellen. Aber was nützt die Gesundheitserziehung beim Arzt und in der Schule, wenn sie in der Familie nicht betrieben wird. Hier ist ein ganz entscheidender Punkt, für den wir uns einsetzen müssen. In der Familie ist gerade durch Ernährung, durch viele andere Dinge, in denen wir etwas tun können für die Gesundheit, ein wichtiges Feld, für das wir

uns gerade in ganz besonderem Maße einsetzen sollen.

Natürlich wurde auch das Thema Kuren angesprochen. Es geht ja heute nicht ohne das, und es wurde also auch beurteilt, daß die Kuren nicht immer nötig sind und nicht so genutzt werden, wie man es eigentlich erwarten könnte. Entscheidend wichtig aber ist m. E., daß wir sagen, ohne Kuren können wir nicht leben, Kuren sind da, nur man soll sie nutzen, und man kann sie ganz intensiv nutzen für eine Gesundheitserziehung, denn wo hat man die Menschen so den ganzen Tag, daß man sie beeinflussen kann, daß sie etwas tun können für die Zukunft wie gerade bei einer Kur. Eine Kur ist tatsächlich von einer längeren Dauerwirkung, wenn eine intensive Gesundheitserziehung betrieben wird.

Ganz entscheidend ist natürlich auch die Vorbildwirkung von uns allen. Väter und Mütter können durch ihr Vorbild eine ausgezeichnete Gesundheitserziehung bei ihren Kindern betreiben und etwas, was wir auch immer wieder herausstellen sollten, die Politiker sollten doch ganz intensiv daran denken, daß sie nicht nur Vorbilder sein wollen, sondern es gerade auch für sehr viele junge Menschen sind und daß das, was sie für ihre Gesundheit tun ganz sicher auch ein Maßstab sein kann für viele Menschen, die sie sehen, so in einer Versammlung, im Fernsehen, oder aber auch im Plenarsaal. Wenn sich das jeder Einzelne immer wieder vorstellen würde, dann wird mancher doch sicher etwas bewußter gesund in der Öffentlichkeit leben.

Das Resultat all dieser Bemühungen mit der Gesundheitserziehung sollte die Erkenntnis jedes Einzelnen sein, daß er die Pflicht hat zur Gesunderhaltung und zur Vermeidung von krankmachenden Risiken, daß dies alles für ihn einen ganz besonders hohen sittlichen Wert haben muß. Die Bewußtseinsbildung sollte dahin zielen, daß ein gesundes Leben tatsächlich erstrebenswert ist, daß wir uns einsetzen dafür, nicht für uns allein, sondern auch für die Gemeinschaft, uns gesund zu erhalten. Alle Forderungen, die dieser Arbeitskreis stellte, richten sich letztlich auch an die Politiker. Sie sind aufgerufen, unter Nutzung der Informationsmöglichkeiten und vor allem der Gesundheitserziehung, die Gesundheits-

vorsorge so effektiv wie möglich zu gestalten, ohne sich dabei von einem utopischen Menschenbild leiten zu lassen. Es gilt innerhalb der jeweiligen gesellschaftlichen Wirklichkeit, den einzelnen Menschen in optimaler Weise zu motivieren, um damit zur Gesundheit des Einzelnen, aber auch zur Gesundung der Gesellschaft beizutragen.

Die Arbeitsgruppe hat in diesem Sinne das Lukas-Wort „Sorget nicht für Euer Leben“ so interpretiert, daß es nicht um die Aufgabe der Verantwortung für Leben und Gesundheit, sondern nur darum gehen kann — und darum gehen muß — diese von uns allen als notwendig erkannte Verantwortung für den Einzelnen in christlicher Nächsten-

liebe tragbar zu machen. Daß dies nur durch eine gemeinsame Anstrengung aller Beteiligten vom Seelsorger über den Arzt und die Krankenschwester, den Lehrer, den Journalisten, den Verantwortlichen in Verbänden und Institutionen bis hin zu denen, die die Gesetze machen, möglich ist, liegt auf der Hand.

„In gefährdeter Umwelt leben — Ende der Schöpfung?“

Der Arbeitskreis II der Regionaltagung Süd in Baden-Baden stand unter der Leitung von Justizminister Dr. Traugott Bender, MdL. Das einführende Referat hielt Dr. Herbert Gruhl, MdB. Weitere Gesprächsteilnehmer waren Prof. Klaus Eick, Winfried Koelzer, Jürgen Narrog, Pfarrer Kurt Oeser, Pfarrer Günter Richter, Dr. Hans Weber, Dr. Horst Zillesen sowie — als Berichterstatter — Dr. Gerd Langguth.

„Erst in den 60er Jahren dieses Jahrhunderts entdeckte man Gottes Schöpfung wieder, aber nicht etwa als Natur, sondern als verschmutzte Umwelt.“ Dies war einer der Kernsätze der Aussagen von Dr. Herbert Gruhl, MdB in seinem einführenden Vortrag. Des weiteren wies er in seinem Referat nachdrücklich auf uns drohende Gefahren hin wie z. B. Luftverschlechterung, Wasserverschlechterung, Lärm, Abnahme der Quantität des fruchtbaren Bodens, Einbringen von chemischen und radioaktiven Stoffen sowie von Abfallmassen in den ökologischen Kreislauf, Zerstörung ganzer Landschaften, die Abwärme bei der

Energieerzeugung einschließlich der Veränderung des Klimas und Störung des ökologischen Gleichgewichtes und schließlich Verengungen des Raumes durch ständige Zunahme der Menschenzahl mit gleichzeitiger Abnahme der Freiheit.

Das Fazit des Arbeitskreises II läßt sich in vier Punkten zusammenfassen:

1. Die Frage der Umwelt ist nicht nur eine quantitative Frage, sondern eine Frage mit neuer Dimension; aus ihr sind Konsequenzen zu ziehen — gerade auch für uns als politische Partei CDU/CSU.

Wir müssen einsehen, daß wir in einer begrenzten Welt leben, in einer Welt auch mit begrenzten Grundstoffvorräten.

2. Kontrovers wurde die Frage diskutiert, ob ein abrupter Bruch des Einsatzes von Kernenergie vertretbar sei, oder aber ob angesichts der Energielücke der nächsten Jahrzehnte der Einsatz von Kernenergie geboten sei bis zur Realisierung von Alternativen; unstrittig war, daß solche Alternativen in jedem Fall verstärkt zu forcieren seien.

3. Im Arbeitskreis II wurde auch die Frage nach der Rolle von Bürgerinitiativen angesprochen. Von seiten der CDU/CSU wird die kritische Rolle von Bürgerinitiativen als Mahner begrüßt. Allerdings wird die Verantwortung des Politikers selbst durch die Initiativen und Aktivitäten von Bürgern nicht aufgehoben. Die letztendliche Verantwortung tragen die dafür von der Bevölkerung gewählten Politiker und Verantwortlichen.

4. Das Problem der Umweltverschmutzung ist nicht nur ein technisches Problem, sondern hier können wir auch auf Aussagen der christlichen Lehre zurückgreifen, die einen Aufruf zur Bewahrung der Natur darstellen. Die Kirche soll der Anwalt der ungeschminkten Wahrheit und nicht Hervorbringerin von neuen beherrschenden Wahrheiten sein.

Es handelt sich hier also um ein normativ grundsätzliches Problem, und wir können alle sagen: Der Mensch lebt nicht vom Brot allein und nicht vom Bruttosozialprodukt, sondern von sehr viel tiefer gehenden grundsätzlichen Fragen, denen die Mitglieder des Arbeitskreises sich versucht haben zu stellen.

Buch- besprechungen

Günter Jacob: Der Christ in der sozialistischen Gesellschaft. Theologische Probleme und Folgerungen. Ein Sagorsker Vortrag. Ev. Verlagswerk Stuttgart, 1975, 4,80 DM (47 Seiten).

Seit fast 30 Jahren hat sich Günter Jacob der Auseinandersetzung zwi-

schen Christen und Marxismus gewidmet, und er hat dabei als mutiger Streiter für die Sache Christi viel Anerkennung und Beachtung gefunden. Nun scheint er mittlerweile so in die sozialistische Gesellschaft versunken zu sein, daß er deren Pauschalurteile zunehmend unkritischer übernimmt. Zwar gibt er noch zu, daß der christliche Glaube „den Bannkreis aller Ideologien“ durchbricht. Zwar gesteht er noch damit ein, daß vor der christlichen Heilslehre alle Ideologien relativ sind. Aber diese Relativierung bedeutet in seinen Augen „nicht eine pauschale Abwertung und Gleichstellung aller säkularer Ideologien nach dem Motto, daß in der Nacht alle Katzen grau sind...“. So heißt es bei Jacob wörtlich. Die Ideologien sind also nicht gleichviel

wert oder unwert, sie sind nicht alle gleich relativ. Nach Jacob richtet sich das danach, „inwieweit eine Ideologie in Theorie und Praxis jeweils der Verwirklichung des Humanum(!) dienen kann“, zu deutsch: wie weit sie menschlich ist und nicht unmenschlich. Der Realitätsverlust des geachteten Verfassers geht so weit, daß er bereit ist, die marxistisch-leninistische Ideologie als etwas im Grunde und durch und durch Humanes zu werten, während für ihn die „bürgerliche“ Ideologie — womit er die Denk- und Lebensweisen des freien Westens meint — ganz und gar nicht mit den christlichen Ansprüchen zu vereinbaren seien. Warum? Weil er es gegen alle Realität, gegen alle Erfahrung und gegen allen Augenschein für bare Münze nimmt, was eben dieser Marxis-

mus-Leninismus von sich selbst behauptet: daß er zutiefst humanistisch sei.

Man wird dem Autor nachsehen müssen, daß er in einem totalitären Zwangssystem existieren muß und daß unter einem solchen System die Probleme christlicher Existenz eine schwere Last sind. Auch zu anderen Zeiten hat es für Christen Verfolgung und Unterdrückung gegeben, auf die in den verschiedensten Weisen reagiert wurde – von der Anpassung bis hin zum Martyrium. Man wird aber doch fragen müssen, was die Publikation dieses Vortrags in der Bundesrepublik soll, wenn nicht die kritischen Fragen und Zweifel auszulösen an der Richtigkeit der Einschätzung der sozialistischen Theorie und Praxis seitens des geschätzten Verfassers.

Dr. Gottfried Mehnert

Wolfgang Pohle/Hans-Hermann Lutzke: Marktwirtschaft als Programm. Ein Kursbuch der modernen Wirtschaft. 510 Seiten, 63 Tabellen, 10 DM (Band 10010). Geleitworte von Prof. Dr. Ludwig Erhard und Dr. h. c. Franz Josef Strauß. Goldmann-Taschenbuchreihe „Wirtschaft“.

Das Buch greift unmittelbar in die wirtschaftspolitische Auseinandersetzung unserer Tage ein. Es stellt die Entwicklungsgeschichte unserer Wirtschaftsordnung, ihre Gegenwarts- und Zukunftsprobleme leicht verständlich dar. Die Verbindung von sicherem theoretischen Wissen, reicher Erfahrung, aktuellem politischen Bezug und Grundsatzaussage gegenüber den Gegnern der sozialen Marktwirtschaft ist die Stärke dieses Buches. Vergangenheit und Gegenwart werden exakt analysiert. Die Darstellung der Zukunftsaufgaben sowie die dafür benötigten wirtschaftspolitischen Instrumente nehmen einen weiteren Teil des Buches ein.

Die Autoren: Pohle war viele Jahre Bundestagsabgeordneter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und ein erfahrener Wirtschaftsführer. Lutzke, sein engster politischer Mitarbeiter, besorgte jetzt die Neubearbeitung.

Das Buch ist eine Fundgrube für jeden, der sich für Wirtschaftspolitik, Entwicklung und Funktionsweise unserer Wirtschaftsordnung interessiert.

Herbert Gruhl, Ein Planet wird geplündert, S. Fischer Verlag, 1975, 19,80 DM.

Dr. Herbert Gruhl, Jahrgang 1921, ist seit 1969 CDU-Abgeordneter im Deutschen Bundestag und Vorsitzender der CDU/CSU-Arbeitsgruppe für Umweltvorsorge, Fraktionssprecher in Umweltfragen. Seit 1973 ist er Vorstandsmitglied der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft und des Umweltforums und hat maßgeblichen Anteil an der Umweltgesetzgebung der letzten Jahre.

Mit folgenden Thesen fassen wir einige der wichtigsten Aspekte der im Buch behandelten Themen zusammen:

1. Von einem streng naturgesetzlichen Ausgangspunkt werden die Elemente der heutigen Weltwirtschaft aufgedeckt. Daraus ergibt sich die Unvereinbarkeit der gewaltigen menschlichen Produktionsmaschinerien mit den nicht reproduzierbaren Ressourcen eines begrenzten Planeten.

2. Da sich die Wirtschaftswissenschaft nie die Mühe gemacht hat, die materielle Grundlage menschlichen Wirtschaftens zu erforschen, produziert sie bereits heute eine Fehlprognose nach der anderen.

3. Die „Erfolgsbilanz“ der Industrieländer in West und Ost besteht darin, die größtmögliche Menge einmaliger Bodenschätze in der kürzestmöglichen

Zeit zu verschwenden. Der Mensch ist kein „Schöpfer“, er wandelt lediglich die wertvollen Vorräte, angesammelt in Jahrtausenden, nach kurzem Gebrauch in wertlosen Abfall um.

4. Die Lehre vom dauernden „wirtschaftlichen Wachstum“ war der größte Schwindel, dem die Völker bisher aufgegeben sind. Die Industrieländer betrogen sich damit selbst, und die Entwicklungsländer wurden betrogen.

5. Die geist- und sinnlose Zahl, das inhaltsleere und anonyme Geld sind die Götzen unserer Zeit, ihre Verehrung führt weder zu sozialer Gerechtigkeit noch zum Glück der Menschen.

6. Der „Wettkampf der Systeme“ ist ein Wettlauf zum Abgrund. Es ist ein blindwütiger Krieg gegen die Erde und die natürliche Umwelt- und damit auch gegen die Grundlagen menschlichen Lebens.

Ein Buch, das zum Widerspruch herausfordert und zum Nachdenken anregen wird.

„Dat oole Testament för jeden Sünndag“

Dieses von der Arbeitsgemeinschaft plattdeutscher Pastoren in Niedersachsen herausgegebene Büchlein kann über Pastor Heinrich Kröger, 304 Soltau, Birkenstraße 3, bezogen werden.

In der gleichen Reihe der plattdeutschen Schriften sind bereits im vergangenen Jahr das Sonntagsevangelium und die Sonntagsepistel erschienen.

Evangelisches Staatslexikon, Kreuz Verlag, Stuttgart.

Dieses für alle wertvolle Nachschlagewerk ist nach Überarbeitung und Ergänzung neu aufgelegt worden. Eine ausführliche Rezension erfolgt in der nächsten Ausgabe der Evangelischen Verantwortung.

Aus den Tagungsprogrammen der Akademien

Evangelische Akademie Arnoldshain 6381 Arnoldshain (Taunus)

31. Oktober bis 2. November 1975
Sozialtherapeutischer Justizvollzug

14. bis 16. November 1975
(in Königstein)
Hauptamtliche Bewährungshelfer und freiwillige Mitarbeiter

17. bis 21. November 1975
Seminar: Glaube und Identität

12. bis 14. Dezember 1975
„Die Betreuung von ausländischen Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland“

Katholische Akademie der Erzdiözese Freiburg 78 Freiburg i. Br., Winterstraße 1

11. bis 12. Oktober 1975

Die Zukunft der Freiheit
(Liberalität in einer gewandelten Welt / Wie liberal ist die CDU? — Die befreite Gesellschaft — Die Herausforderung der Freiheit heute / Chancen und Gefährdungen in der Bundesrepublik — Ist Liberalismus als Weltanschauung möglich?)
Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger, Stuttgart/Freiburg i. Br.
Prof. Dr. Jakobus Wössner, Linz

Prof. Dr. Günter Rohrmoser, Münster i. W.

Dr. Franz Alt, Baden-Baden

21. Oktober 1975 (20.15 Uhr)

Der Mensch in der Freizeit — Zwischen Freizeitberater und Freizeitpolitik

P. Dr. Roman Bleistein SJ, München

25. und 26. Oktober 1975

Heil statt Drogen?
(Rauschmittel und Medikament / Bedürfnis und Wirkung — Die Rauschdrogen in kulturgeschichtlicher Sicht / Selbstversuch mit

indianischen Götterpilzen — Zusammenarbeit von Arzt und Seelsorger — Von der Heilkraft des Heiligen)
 Prof. Dr. Rudolf Degkwitz, Freiburg i. Br.
 Dr. Sigrud Lechner-Knecht, Freiburg i. Br.
 Pfarrer Karlheinz Novotny, Niedereschbach
 Dir. Dr. Joseph Sauer, Freiburg i. Br.

Evangelische Akademie Oldenburg
2902 Rastede-Hankhausen
Heimvolkshochschule

31. Oktober bis 1. November 1975
 Menschenrechte der Frau in der Kirche
 — In Verbindung mit der Evangelischen Frauenarbeit
 21. bis 22. November 1975
 Zur Funktion konfessioneller Kindergärten

Evangelische Akademie Bad Boll
7325 Bad Boll/üb. Göppingen

3. bis 7. November 1975
 (in Pappelau)
 Wo stehe ich in Beruf und Familie?
 — Gesprächswoche für Arbeiter
 17. bis 19. November 1975
 Chance und Aufgabe des Handwerks in der Gesellschaft
 — Landestagung für das Handwerk
 28. bis 30. November 1975
 Auswirkungen der sozialen Marktwirtschaft auf das innerbetriebliche Geschehen
 — Tagung für Personalchefs und Betriebsräte

Evangelische Akademie Loccum
3055 Loccum/üb. Wunstorf

22. bis 24. Oktober 1975
 Universität morgen
 Der Referentenentwurf zum Hochschulgesetz in Niedersachsen rückt die Hochschulpolitik wieder in den Vordergrund. Es soll versucht werden — z. B. in die Diskussion über die Autonomie der Hochschule —, auch außeruniversitäre Gruppen einzubeziehen.
 24. bis 26. Oktober 1975
 Was bedroht unsere Demokratie?
 Wachstumskrise und Unversöhnlichkeit in unserer Gesellschaft sind Veranlassung, die Voraussetzungen für Bestand und Überlebensgrundlagen unserer Demokratie zu diskutieren. Die Tagung will zur Wieder-

gewinnung einer gemeinsamen Sprache beitragen.

19. bis 21. November 1975
 Die Bundesrepublik Deutschland in der Entspannung — Gab oder gibt es Alternativen zur Ostpolitik?
 24. bis 26. November 1975
 Theologie — Kirche — Gesellschaftskritik

Evangelische Akademie Baden
75 Karlsruhe 1, Blumenstraße 7

3. bis 5. November 1975
 (in Wiedenfelden)
 Staat und Bürgerinitiativen — Macht und Notwehr?
 — Tagung für Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte, Polizei, Politiker und Bürger
 Leitung: W. Beck
 21. bis 23. November 1975
 (in Bad Herrenalb)
 Verhaltenskodex für Unternehmer
 — Tagung über Unternehmerethik für Unternehmer, Juristen, Politiker
 Leitung: Dr. W. Böhme
 28. bis 30. November 1975
 (in Bad Herrenalb)
 Recht auf Tod?
 Leitung: Dr. J. Hübner
 1. bis 3. Dezember 1975
 (in Wiedenfelden)
 Die Zumutbarkeit von Risiken — 6. Wiedenfelder Gespräch
 Leitung: W. Beck, Dr. M. Fischer und Dr. P. Jansen

Evangelische Akademie Kurhessen-Waldeck, 352 Hofgeismar
Schloßchen Schönbürg

7. bis 9. November 1975
 Schule und Elternhaus — Beispiele der Zusammenarbeit
 Gestaltung von Elternabenden, Schul- und Klassenfeste, Elternbesuche, Elternsprechtage, Elternaktionen
 12. bis 14. Dezember 1975
 Umweltprobleme in Schulcurricula
 — Die politische Bildung des menschlichen Verhältnisses zur Natur. Umweltgestaltung und ästhetische Erziehung. Zum Verhältnis von Technik und Politik.
 12. bis 14. Dezember 1975
 Politische Gefangenschaft — Menschen zwischen Macht und Ohnmacht.
 — In Zusammenarbeit mit amnesty international

Evangelische Akademie Rheinland-Westfalen — Haus Ortlorn
586 Iserlohn/Westfalen,
Baarstraße 59-61

24. bis 26. Oktober 1975
 Kirche und Staat in Polen
 (In Zusammenarbeit mit der Gemeinschaft evangelischer Schlesier)
 4. bis 7. November 1975
 „Schulfach Politik“
 (Tagung mit der Landeszentrale für politische Bildung)

Evangelische Akademie Rheinland-Westfalen — Haus der Begegnung
433 Mülheim/Ruhr
Uhlenhorstweg 29

20. bis 23. Oktober 1975
 Christentum und Sozialismus
 — Tagung mit Primanerinnen und Primanern
 18. bis 19. November 1975 (Bußtag)
 Elternmitverantwortung, Elternmitwirkung in der Schule?
 29. bis 30. November 1975
 Predigt im Gespräch

Evangelische Akademie Schleswig-Holstein
236 Bad Segeberg, Marienstraße 31

20. bis 23. Oktober 1975
 Die politische Information in den Massenmedien
 27. bis 30. Oktober 1975
 Strafvollzug in unserer Gesellschaft — Aufgaben — Probleme — Möglichkeiten —
 Aufbaukurs für Mitarbeiter im Vollzugsdienst
 Tagung der Evangelischen Akademie Schleswig-Holstein in Zusammenarbeit mit dem Justizministerium des Landes Schleswig-Holstein

Evangelische Akademie Tutzing
8132 Tutzing (Starnberger See)
Schloß

24. bis 26. Oktober 1975
 Der Autor in seiner Gesellschaft
 — Der Text im politischen Kontext.
 Tagung mit Schriftstellern
 24. bis 26. Oktober 1975
 (in Coburg)
 Auf der Suche nach der Ethik der Ökologie
 8. November 1975 (in Bamberg)
 Ökumene in der Sackgasse?
 — Ökumenische Tagung in Zusammenarbeit mit der Akademie der Erzdiözese Bamberg

Evangelische Studentengemeinde Köln – Einseitigkeit und ihre Folgen

Martin Hölscher

Die Evangelischen Studentengemeinden (ESG) in der Bundesrepublik haben spätestens seit den studentischen Protestaktionen in der 2. Hälfte der 60er Jahre weitgehend einen Teil ihrer evangelischen Glaubwürdigkeit dadurch verloren, daß sie das Schwergewicht ihrer Arbeit auf die Veränderung unserer gesellschaftlichen Ordnung verlagerten. Diese Feststellung mag nicht für alle Evangelischen Studentengemeinden zutreffen – sicherlich aber ist das Abgleiten vieler ESG-Gruppen in eine Einheitsfront mit linksradikalen Kräften an den Universitäten nicht zu übersehen. Die Ereignisse in der Evangelischen Studentengemeinde Hamburg beunruhigten über Monate hierzulande viele Menschen. Im nachfolgenden Artikel analysiert Martin Hölscher die Grundtendenz der ESG Köln und kommt dabei zu äußerst interessanten Feststellungen.

Im Anschluß an seinen Bericht bringen wir zur Information unserer Leser den vollen Wortlaut eines Flugblattes der ESG Köln, das auch im folgenden Artikel erwähnt wird.

Die evangelischen Studentengemeinden nehmen innerhalb der Kirche eine besondere Stellung ein. Ihre Arbeit ist nicht mehr vornehmlich durch Seelsorge gegenüber dem Studenten an sich geprägt, sondern durch eine intensive Arbeit auf politischem Gebiet gekennzeichnet. Die ESG vertritt an vielen Hochschulen einen bewußt einseitigen politischen Standpunkt, der sozialistisch ausgerichtet ist.

Aufgrund dieser Einseitigkeit flammen immer wieder Konflikte zwischen der Kirche und den Evangelischen Studentengemeinden auf. Jüngstes Beispiel hierfür ist die Auseinandersetzung in Hamburg.

Es bleibt zu prüfen, worin der Keim des Konflikts liegt, der viele Mitglieder immer wieder berechtigten Anstoß an der Arbeit der ESG nehmen läßt.

Das Bekenntnis zur Einseitigkeit, das z. B. die ESG Köln offen vertritt, enthält zwei Aspekte, die die besorgniserregenden Folgen solcher Denk- und Handlungsweise gerade im kirchlichen Bereich krass in Erscheinung treten lassen. Bei-

spiele und Veröffentlichungen aus dem Bereich der Universität Köln sollen hierzu als Beleg dienen.

1. Die ESG-Köln schließt durch ihre Tätigkeit faktisch einen Teil der evangelischen Studenten von einer Mitarbeit und Betreuung im Hochschulbereich aus.

Die politische und theologische Einseitigkeit beruht auf der Nähe der ESG-Köln zur Bewegung „Christen für den Sozialismus“, zu der sich ihre Mitglieder mehrheitlich zählen. Sie spiegelt sich in Stellungnahmen, z. B. Flugblättern, etc. immer wider. Die ESG bezeugt selbst, daß die ESG „die größte Nähe zu sozialistischen Gruppen hat“ (vgl. ESG-Info SS 1972 S. 2). Ebenso wird dies noch einmal ausdrücklich in einem Interview mit dem Kölner Stadtanzeiger vom 29. Juni 1973 bestätigt.

Dieser Standort gilt bis heute und wirkt sich in der praktischen Arbeit aus. Überprüft man das Programm des Sommersemesters 1975, wird die einseitige Auswahl der Themen und der Referenten deutlich. Bestätigt wird es durch öffentliche Stellungnahmen. Besonders deutlich trat es in dem letzten Flugblatt der ESG in diesem Sommersemester „Ökonomische Krise und Politische Repression“ in Erscheinung. Dieses Flugblatt wurde im Hinblick auf eine Veranstaltung der ESG mit dem „Sozialistischen Büro Offenbach“ am 3. Juli 1975 veröffentlicht. In ihm wird auf einer halben Seite über die „politische Repression“ in der Bundesrepublik Deutschland berichtet. Als Beispiele werden die „Berufsverbote“ angeführt. Gemeint ist hiermit die Nichtzulassung Radikaler im Öffentlichen Dienst. Nach der Aussage des Flugblattes bedroht das „Berufsverbot“ alle, die „ihren demokratischen Anspruch ernstnehmen“.

Als weiteres Beispiel für die „politische Repression“ wird die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit angeführt. Wörtlich heißt es: „Gleichzeitig sind Millionen Arbeiter und Angestellte von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit betroffen, wobei

sehr häufig die ökonomische Krise als Vorwand benutzt wird, um aktive Gewerkschafter und politisch bewußte Kollegen aus den Betrieben zu entfernen“.

Diese Aussagen zeigen allein durch die darin enthaltenen Pauschalisierungen, in der Wortwahl, in der Art der Unterstellungen und durch die im Text enthaltenen Übertreibungen, daß die Nähe zu den „sozialistischen Gruppen“ beibehalten worden ist.

Das Ziel dieses Flugblattes ist es, gegen die „Einschüchterungs- und Abschreckungsstrategie“ eine „gemeinsame Aktion der gesamten Linken“ anzuregen. Dies ergibt sich aus dem letzten Teil des Flugblattes. Die ESG versteht sich offensichtlich gewissermaßen als ein wichtiger Faktor innerhalb des linken Bündnisses, der die Arbeit beleben will.

Mit diesen eindeutigen Bekenntnissen zu sozialistischen Gruppen und der damit verbundenen Einseitigkeit können sich viele evangelische Studenten nicht mehr identifizieren. Man erwartet von der eigenen Glaubensgemeinschaft, daß sie offen für das Ringen um die besten Lösungen ist, Toleranz gegenüber Andersdenkenden übt und sich nicht von vornherein einseitig festlegt. Die Radikalität, mit der diese Thesen vertreten werden, läßt viele evangelische Studenten daran zweifeln, daß die ESG ihr Repräsentant an der Universität sein soll.

Diese Einseitigkeit hat auch in theologischer Hinsicht Bedeutung. Die christliche Versöhnungsbotschaft wird gegenüber anderen Zielen zurückgestellt. In dem Buch „Christentum und Sozialismus“, dessen Herausgeber einer der Kölner Studentenpfarrer ist, wird dies deutlich. In der Einleitung des Buches heißt es „Versöhnung könne unter den jetzigen Umständen nicht herrschen“. Der Christ hat zuerst dabei mitzuwirken, daß „Gerechtigkeit und Befreiung“ geschaffen werden. Konkret heißt es, daß „zuerst der Aufstand gegen das organisierte Unrecht des Kapitalismus stattzufinden hat“. Gewonnen wird

diese Erkenntnis aus der „historisch-materialistischen Auslegung“ der Bibel. (Vgl. Dorothee Sölle/Klaus Schmidt, Christentum und Sozialismus, Einleitung: Salz und Erde, S. 11). Die Versöhnung wird bei dieser Botschaft auf den Zeitpunkt verschoben, an dem der Kampf für ein „gerechtes Gesellschaftssystem“, welches dem sozialistischen Modell gleicht, beendet ist.

Die hier aufgestellten Thesen bewirken, daß der Persönlichkeit Mensch eine Theorie vorangestellt wird, die erst verwirklicht werden muß und der der Mensch sich in allen Einzelheiten anzupassen hat, ehe es zu einer Versöhnung kommen kann. Hiergegen gilt es erhebliche Bedenken anzumelden. Wieviel Ungerechtigkeit wird es mit dieser Botschaft gerade von der Seite geben, die angeblich das Gerechte schaffen will? Vergewaltigt man mit dieser Einstellung nicht den Menschen, dessen Persönlichkeit man verkennt? Hat die Praxis anhand sozialistischer Staaten nicht bereits bewiesen, daß dadurch, daß auch ihre Gesellschaftssysteme voller Fehler sind, der Mensch in seiner Unvollkommenheit letztendlich Theorien ihr tatsächliches Aussehen gibt und nicht die Theorie den Menschen formt? Bei Berücksichtigung dieser Fragen erkennt man, welche Unmenschlichkeit durch das Zurückstellen der Versöhnungsbotschaft auch in der Theorie gefördert wird.

Die Konsequenz, die sich in der radikalen Einseitigkeit der ESG zeigt, bewirkt, daß große Teile evangelischer Christen von der Arbeit der Kirche im Hochschulbereich ausgeschlossen werden. Die ESG bekennt selbst: „Wir sind offen für alle, aber nicht für alles“.

Der evangelische Christ, der dieser Einstellung in Theorie und Praxis nicht folgen kann, steht im Hochschulbereich faktisch ohne kirchliche Betreuung da. Die Evangelische Studentengemeinde besitzt als Vertreterin der Evangelischen Kirche im Hochschulbereich eine Monopolstellung. Ihre Arbeit wird finanziell durch die Landeskirche getragen. Die Veröffentlichungen unter dem Namen „evangelisch“ sind damit autorisiert. Ob dieser Zustand gegenüber einem Großteil evangelischer Studenten gerecht ist, bezweifelt der Verfasser. Vielleicht ist die jetzt beschlossene

Hamburger Lösung gerechter, da sie sich bemüht, die Meinungsvielfalt mit ihrer Arbeit innerhalb der Kirche zu erfassen.

2. Die ESG-Köln läuft durch ihre Nähe zu sozialistischen Gruppen immer wieder Gefahr, für radikale kommunistische Hochschulgruppen willkommener Gehilfe bei der Verwirklichung ihrer Ziele zu sein.

In aller Schärfe wurde die Mißbrauchsgefahr des Namens „evangelisch“ im Studentenparlamentswahlkampf 1973 an der Universität Köln deutlich. Die ESG verurteilte in diesem Flugblatt zur Wahl den RCDS (Ring Christlich Demokratischer Studenten) und unterstützte in der Frage des Gesamthochschulrates die maoistischen Gruppen KSV (Kommunistischer Studentenverband) und KHG (Kommunistische Hochschulgruppe). Beide maoistischen Gruppen riefen zu jener Zeit zum Boykott der Wahlen zum Gesamthochschulrat auf. Die ESG schloß sich dieser Politik mit den Worten an, daß „die von KHG, SBG, ZAV und KSV eingeschlagene Politik im Blick auf den Gesamthochschulrat richtig und angemessen war“.

Daß sowohl der KSV, die Studentenorganisation der KPD des Herrn Semmler, bekanntgeworden durch die Bonner Rathausbesetzung, wie auch die KHG, die Studentenorganisation des KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschland) für den gewaltsamen Umsturz eintreten, ist bekannt.

Inzwischen haben sich in der politischen Arbeit der ESG gewisse Änderungen ergeben. Mitglieder der ESG stehen lt. Eigenaussage dem „Sozialistischen Büro Offenbach“ nahe (s. auch Flugblatt „Ökonomische Krise und politische Repression“). Der politische Standort des „Sozialistischen Büros Offenbach“ ist nicht genau zu bestimmen. Die ESG selbst bezeichnet es als „lose Organisationsform sehr verschiedener sozialistischer Gruppen bis hinein in die Sozialdemokratie“. Nach Auskunft der CDU-Hessen stuft man diese Organisation als linksradikal ein. Der Verfasser vermutet, daß auch hier Vertreter der o. a. politischen Gruppen mitarbeiten. Die Vermutung beruht auf der Erfahrung, daß gerade im Bereich der „Neuen Linken“ Aktionseinheiten, neue größere Gruppen umfassende Diskussions-

organisationen, Komitees, etc. häufig gebildet werden. So entstehen oft verschwommene Abgrenzungen zwischen einzelnen Gruppen. Allerdings bedarf diese Vermutung hinsichtlich des „Sozialistischen Büros Offenbach“ noch einer genauen Überprüfung.

Aber auch die KHG ist weiterhin in der ESG vertreten. So ist im jetzigen Mitarbeiterkreis — der 20 Personen zählt — lt. Eigenaussage ein Mitglied der KHG vertreten. Seine Zugehörigkeit ist ein Indiz für den politischen Kurs der ESG. Weiterhin tagt im ESG-Heim seit dem Sommersemester 1975 das vom KBW gesteuerte „Komitee gegen den § 218“. In einem Gespräch mit den Kölner Studentenfarrern betonten beide Studentenfarrer, daß sich die ESG in keiner Weise mit diesem Komitee solidarisiert, sondern ihm nur Gastrecht gewährt. Betrachtet man die Arbeitsweise des Komitees, bleibt einem auch die Gewährung des Gastrechts unverständlich. Das Ziel des Komitees ist die ersatzlose Streichung des § 218 StGB. Dieses inhaltliche Ziel soll auch nach Meinung des Verfassers bei der Gewährung des Gastrechts unberücksichtigt bleiben. Wenn aber das „Komitee gegen den § 218“ bei seiner eindeutigen politischen Absicht auf seinen Flugblättern in polemischer und undifferenzierter Weise kirchenfeindlich argumentiert, stellt sich die Frage, weshalb von einer kirchlichen Institution dieser Gruppe noch Gastrecht gewährt wird. Seine Kirchenfeindlichkeit belegt das Komitee durch Selbstausagen.

So verbreitet es in seinem Info-Nr. 4 vom 3. Juli 1975 die pauschale Behauptung, daß „Kirche und Justiz in dieser Frage keine Überzeugungskraft haben, sondern nur demagogisch argumentieren“.

Im Flugblatt vom 4. September 1975 zieht man die Fronten in dem von diesem Komitee geführten „Kampf“. „Auf der einen Seite steht der bürgerliche Staat mit seinen kirchlichen und ärztlichen Handlangern. Sie treten für die Aufrechterhaltung des § 218 ein und damit für die Unterdrückung des Volkes. Auf der anderen Seite stehen die Volksmassen, ...“, heißt es wörtlich.

Unter dem Flugblatt steht: Treffpunkt Bachemer Str. 27 (es ist das Heim der ESG) mittwochs 19.30 Uhr.

Hinsichtlich des KSV versichern die Studentenpfarrer glaubhaft, daß man sich inzwischen eindeutig von ihm distanziert habe. Auch besitzt er im ESG-Heim kein Gastrecht mehr.

Allerdings bleibt bei der Aussage bezüglich des Gastrechts ein bitterer Beigeschmack. So fanden im Sommersemester 1975 zwei Veranstaltungen des „Initiativkomitees für deutsch-vietnamesische Kulturbeziehungen (BRD)“ statt. Dieses Komitee ist nach Informationen, die dem Verfasser vorliegen, von der KPD und der KPD-nahen „Liga gegen den Imperialismus“ gegründet worden. Die Gründung hat danach am 6. April 1975 stattgefunden.

Weiterhin waren bei der Gründungsversammlung des „Komitees gegen den § 218“ am 28. Mai 1975

im ESG-Heim auch KSV-Mitglieder gemeinsam mit Vertretern des KBW, der „Trotzkistischen Liga Deutschlands“ und der „GIM“ (Gruppe Internationaler Marxisten) anwesend. (vgl. Broschüre der Trotzkistischen Liga Deutschlands v. 11. Juni 1975, S. 8 und 9).

Eine öffentliche eindeutige Distanzierung vom KSV durch die ESG könnte diesen Sachverhalt klären.

Insgesamt zeigt dieser kurze Ausschnitt aus politischen Tätigkeiten im ESG-Heim, daß die Evangelische Studentengemeinde Köln, sei es durch aktives politisches Eingreifen, sei es durch die Gewährung des Gastrechts, immer wieder aufgrund ihrer bewußten Einseitigkeit Gefahr läuft, kommunistische Gruppen direkt oder indirekt zu

unterstützen. Da häufig hierbei der Name „evangelisch“ auf den Flugblättern der ESG aufgeführt wird, kann es zu schädlichen Irreführungen in bezug auf politische Aussagen der Kirche an der Universität kommen.

Die beiden aufgezeigten Folgen einer radikalen Einseitigkeit in der kirchlichen Arbeit zeigen deutlich, daß Veränderungen im kirchlichen Bereich an den Universitäten stattzufinden haben. Sich dieser Problematik verantwortungsbewußt anzunehmen ist eine wichtige Aufgabe des „Evangelischen Arbeitskreises“. Die Verkündung radikaler Einseitigkeit innerhalb der Evangelischen Kirche ist eine Herausforderung des Glaubens und des politischen Verantwortungsbewußtseins.

Flugblatt der ESG Köln

Der folgende Text des ESG-Flugblattes, mit dem zu einer Veranstaltung am 3. Juli 1975 unter dem Thema „Ökonomische Krise und politische Repression“ in das ESG-Heim Köln, Bachemer Straße 27, eingeladen wurde, zeigt überdeutlich den politischen Standort der dortigen Studentengemeinde. Da der Inhalt so eindeutig für sich spricht, erspart sich die Evangelische Verantwortung eine ausführliche Interpretation.

Es wird allerdings konkret gefragt werden müssen: Wie lange noch werden solche Pamphlete aus Kirchensteuermitteln finanziert, wie lange noch wird es dauern, bis dieser Spuk ein Ende nimmt? Wann wird die ESG Köln aufhören müssen, ihre einseitigen Aktivitäten unter Mißbrauch des Evangeliums zu betreiben?

Fragen über Fragen, die nicht zuletzt auch aufgrund des Artikels von Martin Hölscher einer genauen Überprüfung bedürfen.

In der Bundesrepublik und in West-Berlin haben die Berufsverbote mittlerweile ein Ausmaß angenommen, das alle bedroht, die ihren demokratischen Anspruch ernst nehmen. Gleichzeitig sind Millionen Arbeiter und Angestellte von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit betroffen, wobei sehr häufig die ökonomische Krise als Vorwand benutzt wird, um aktive Gewerkschafter und politisch bewußte Kollegen aus den Betrieben zu entfernen.

Die Mechanismen der Integration der Arbeiterklasse in die Gesellschaft durch Reallohnzuwachs, Reformversprechungen und wirkliche Teilreformen, wie sie in der Hochkonjunktur noch wirken, versagen in der Krise. Dann tritt an die Stelle der Integrationsstrategie die Strategie der direkten Repression.

Nicht nur erklärte Sozialisten und Kommunisten sind ihr ausgesetzt. Alle diejenigen, die die ehemaligen Reformversprechen ernst nehmen, sich nicht im politisch abgesteckten Rahmen des „wirtschaftlich Machbaren“ einschränken lassen und ihre Interessen organisiert und notwendigerweise kämpferisch durchzusetzen versuchen, werden als „Verfassungsfeinde“ abgestempelt und damit letztlich der Willkür des Kapitals und der Staatsbürokratie preisgegeben. Die beabsichtigte Einschüchterung soll für alle abschreckend wirken und die Reibungslosigkeit kapitalistischen Krisenmanagements zugunsten des Kapitals gewährleisten.

„Regierungsgewalt und reaktionäre Bourgeoisie geben mit der innerstaatlichen Feinderklärung im

Bereich der Bildungsprozesse von Bewußtsein, mit Berufs- und Berufsverbotsverbot, zu verstehen, wie sie die gegenwärtige Lage und ihre Tendenzen beurteilen. Sie meinen offensichtlich, daß marxistische Theorie, Lehre, einen veränderten Stellenwert gegenüber früheren Jahren einnehmen; wohl, weil sich die Wirklichkeit wieder nach dem Gedanken drängt. Mit seiner Ausbürgerungskampagne regrediert der Staat auf die polizeiliche Regelung der wissenschaftlichen Kontroverse: Friede soll nicht nur auf der Straße, sondern auch in den Köpfen gehaftet werden.“ (Peter Brückner).

Die Logik der täglichen Schikanen, der tagtäglichen Einschränkungen im Betrieb, in Schule und Hochschule, in der Verwaltung, in der Redaktion und im Verlag usw.

und schließlich der Kriminalisierung wie der Berufsverbote selbst besteht nicht nur in der Isolierung, der Vereinzelung, der Furchterwekung und der Erzwingung von Anpassung. Das Ziel dieses differenzierten und oft nicht im voraus berechenbaren repressiven Netzes von Maßnahmen besteht auch und vor allem im Aktions-, ja Denkverbot von sozialistischer Politik, mehr noch im Aktions- und Denkverbot aller, selbst von systemimmanenter Kritik.

Aufgrund dieser existenziellen Betroffenheit aller Kommunisten, Sozialisten und realen Demokraten ist jede Aktion zum Scheitern verdammt, die nur die eine oder andere linke oder linksliberale Gruppe umfaßt und nur auf deren Zwecke hin ausgerichtet ist. Vielmehr ist der totalisierende Feinderklärung und Feindbekämpfung durch die herrschenden Instanzen die gemeinsame Aktion aller Linken und derjenigen, die für eine aktive Verwirklichung der Grundrechte eintreten, entgegenzusetzen.

Möglichkeiten einer Abwehrfront gegen politische Repression und Berufsverbot

Die Einschüchterungs- und Abschreckungsstrategie kann solange erfolgreich sein, wie die Betroffenen, wie die gesamte Linke isoliert und zersplittert darauf reagieren. Dabei ist nicht nur die Zersplitterung nach Parteien und politischen Gruppierungen fatal, sondern auch die Zersplitterung der Gegenwehr und der Kampagnen auf die jeweiligen Bereiche der Betroffenen. So werden Kampagnen gegen das Berufsverbot geführt, die sich keinen Deut um Kampagnen gegen die Arbeitslosigkeit oder um Arbeitslosen-Initiativen kümmern, obwohl doch der Zusammenhang von ökonomischer und politischer Repression auf der Hand liegt. So werden Arbeitsloseninitiativen entwickelt, die keinen Bezug zu den Kampagnen gegen das Berufsverbot sehen.

Eine solche gemeinsame Aktion und Organisation hätte sich nach Auffassung des Sozialistischen

Büros Offenbach auf folgende Ziele und Aufgaben auszurichten:

- die systematische Sammlung, Aufbereitung und Weitergabe von Informationen über repressive Maßnahmen, ihre Gründe, über die Betroffenen, vor allem aber über Formen der Gegenwehr;

- durch überregional, regional und lokal und berufsspezifisch eingerichtete Beratungs- und Aufklärungsinstanzen (deren Organisation auch im Sinne der Bildung von Bezugsgruppen für alle einzelnen ist unabdingbar, soll der Logik der Logik, der Isolierung und Furchterzeugung entgegen, soll der Verhaltens- und Anpassungsdruck bekämpft werden können);

- durch Einrichtung von Rechtshilfebüros, Organisation von Rechtsanwälten und Durchführung von Prozessen;

- durch konzentrierte und permanente Öffentlichkeitsarbeit, die über die politischen Zusammenhänge, die Zerschlagung der Grundrechte und die Verfolgung einzelner und Gruppen aufklärt, die Verständnis und Solidarität schafft.

Kurz notiert

Weltkirchenrat bejaht Verstaatlichung kirchlicher Einrichtungen in Mosambik

Vor einer vorschnellen Beurteilung der kirchlichen und politischen Situation in Mosambik hat der Direktor der Kommunikationsabteilung des Weltkirchenrates, Jürgen Hilke, kürzlich in Genf gewarnt. Hilke hatte sich von Ende August bis Anfang September rund eine Woche in Beira und Lourenco Marques aufgehalten. Verschiedene erste Maßnahmen der Frelimo-Regierung haben, wie Hilke berichtete, zunächst eine gewisse Unsicherheit unter den Christen des Landes hervorgerufen. Der Weltkirchenrat ist, wie Hilke weiter erklärte, auch bereit, über die Kirchen in Mosambik am Aufbau des Landes mitzuhelfen. Von einer Beeinträchtigung der Religionsfreiheit könne keine Rede sein. Wörtlich sagte Hilke:

„Die Befreiung Mosambiks ist erreicht. Für diesen Zweck sind die bis 1974 geleisteten Zuwendungen an die Frelimo aus dem Sonderfonds des Antirassismusprogramms bestimmt gewesen. Die Frage ist jetzt, welche neue Gesellschaftsordnung sich das Land geben will.“

Nach Aussagen Hilkes kommt es darauf an, ob die Kirchen in

die Massen mobilisieren. Die Verstaatlichung kirchlicher Krankenhäuser und Schulen sowie die freigestellte Übernahme des Personals in ein staatliches Anstellungsverhältnis war nach Meinung Hilkes beim Aufbau einer sozialen Infrastruktur notwendig. Viele der afrikanischen Kirchen hätten die Verstaatlichung auch aus finanziellen und organisatorischen Überlegungen unterstützt.

Die vorstehende Meldung, die wir dem Evangelischen Pressedienst vom 17. September 1975 entnahmen, ist als Ausdruck einer äußerst einseitigen Betrachtungsweise zu werten. Wir fragen auch, was die Kirchen dazu sagen, wenn einer der leitenden Mitarbeiter im ÖRK in Genf die Verstaatlichung kirchlicher Einrichtungen bejaht.

Anmerkung: Pfarrer Jürgen Hilke war übrigens vor seiner Berufung nach Genf Generalsekretär der Evangelischen Studentengemeinden (ESG) in der Bundesrepublik mit Sitz in Stuttgart.

Unsere Autoren:

Pfarrer i. R. Hermann Lutze
56 Wuppertal 2
Zeughausstraße 31
Martin Hölscher
5 Köln 41
Niebuhrstraße 4

Mosambik sich rasch genug auf die neue Lage einstellen und ein Programm ihrer Mitwirkung am Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung entwerfen. Unsicherheit über die Grenzen ihrer Arbeit habe in den Kirchen allerdings ein Ausspruch von Staatspräsident Samora Machel ausgelöst, nur die Dynamisierungsgruppen der Staatspartei dürften